

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen



Niederschrift

06. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029

Sitzungstermin: Montag, 05.05.2025

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 19:52 Uhr

Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Matthias Grunert

Mitglieder-

Herr David Bode

als Vertretung für Herrn Ralf Lindner

Herr Jens-Michael Knaak

Herr Carsten Nehues

Frau Monika Nestler

als Vertretung für Herrn Felix Thier

Herr Jochen Neumann

Herr Ronny Springer

Herr Rainer Stock

Sachkundige Einwohner-

Frau Nikola Gerlach

Herr Florian Recknagel

Herr Markus Schaldach

Herr Karl-Heinz Weihe

Verwaltung-

Frau Birgit Demgensky

Frau Elisabeth Glaubitz

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Angela Malter

Schriftführerin-

Frau Annett Gödicke-Klämbt

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Ralf Lindner

Herr Felix Thier

Sachkundige Einwohner-

Herr Hendrik Fischer

Herr Jan Gabelmann

Frau Mona Leukhardt

Frau Dagmar Pohle

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.03.2025
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlage
- 5.1. Leitszenario „Luckenwalde 2040“ B-8082/2025
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
- 7.1. Vorstellung der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses A-8021/2025
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.03.2025
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
12. Informationen der Verwaltung
13. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Grunert eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind acht Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.03.2025

Herr Grunert lässt über den schriftlichen Einwand von Herrn Weihe zum Tagesordnungspunkt 7.2.2. der Niederschrift abstimmen:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

Damit ist die Niederschrift geändert bestätigt.

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 5. Beschlussvorlage

TOP 5.1. Leitszenario „Luckenwalde 2040“

B-8082/2025

Herr Nehues führt aus, dass man im Stadtentwicklungsausschuss (BSUV), das Gefühl hatte, nicht ausreichend abgeholt zu werden. Daher interessiere ihn, welche Möglichkeiten man habe, um das Szenario zu überarbeiten und präziser zu gestalten, damit sich die Stadtverordneten besser angesprochen fühlen und um den Beschluss eher fassen zu können.

Herr Lahr antwortet, dass das Szenario kein Plan sei, sondern eine Strategie, die Denkanstöße geben soll. Diese sollen auch provozieren. Nichts müsse Wort für Wort umgesetzt werden, Formulierungen könne man ändern, andere Themenbereiche dazu nehmen. Es sei eine Leitplanke, Luckenwalde soll digitaler, partizipialer werden und sich mit der KI auseinandersetzen. Es wurden 105 Luckenwalder eingeladen, die ihre Ideen eingebracht haben. Nicht alle davon wurden auch aufgenommen.

Herr Nehues meint, dass die Digitalisierung sehr hoch gespielt und das unterirdische Wohnen eine Überspitzung sei. Damit sollte man vorsichtig umgehen. Das Thema Wirtschaft und die Verbindung mit Bildung sei ein zentraler Punkt, erläutert Herr Nehues weiter. Ein weiteres Hochschulzentrum zu schaffen, das mit dem Bereich Biotechnologie verbunden werden könnte, wäre eine gute Idee. Es sei der Wunsch, einen Dienstleistungsstandort zu schaffen, der zunehmend ins produzierende Gewerbe übergehe. Einen Biotechnologiepark

mit aktivem produzierenden Gewerbe anzusiedeln, wäre ein Ziel, da das Dienstleistungsgewerbe dem produzierenden Gewerbe folge.

Herr Lahr dankt für die Ergänzungen und erkenne, dass einige Formulierungen provokant und ungewöhnlich seien. Die Idee der Erdlöcher solle als „Platzhalter“ für alternative Wohnformen betrachtet werden, da man möglicherweise mit weniger Ressourcen und neuen Herausforderungen durch Klimaveränderungen konfrontiert seien. Der Biotechnologiepark sei ein wichtiger Punkt, der einer Empfehlung, einer Spezialisierung bedarf. Man wolle eine frühzeitige Verknüpfung mit den Firmen der Stadt und den Schulen initiieren. Dies sei eine Idee, die dann mit Leben gefüllt werden könne, z. B. mit dem Biotechnologiepark.

Herr Neumann bemerkt, dass in der Beschlussvorlage der Satz „Die Stadt richtet ihre wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 15 Jahren danach aus“ und fragt, wie dieser Satz das zukünftige Verwaltungshandeln bindet.

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass es Trends und Entwicklungen gebe, deren Ende nicht absehbar sei. Die Festlegung auf bestimmte Branchen könne man gar nicht leisten, allerdings wolle man auch keine Chancen, die dieser Vision nahekommen, vorbeigehen lassen. Wenn es den Anschein erwecke, diese Formulierung könne die Verwaltung einengen, dann müsse eine andere Formulierung gewählt werden.

Herr Neumann rät, den Nachsatz „... dabei werden andere Technologien/Industriezweige nicht ausgeschlossen.“ anzuhängen.

Herr Bode äußert, dass dieses Leitszenario sich zu sehr verzweigt. Es gäbe keine klare Linie, sehr viele verschiedene Sachen und alles sei sehr schwammig. Es wäre eine digitale und bauliche Infrastruktur zu schaffen, die dann zu Visionen ausbaufähig gemacht werden könne. Einer Umformulierung der Beschlussvorlage sei zuzustimmen, um offener für die Entwicklung der Unternehmensansiedlung und der Wirtschaftsbereiche zu sein.

Herr Recknagel verdeutlicht, dass man vor 100 Jahren auch nicht gedacht hätte, wie wir heute leben und das Wenigste davon die Stadtverordnetenversammlung beschlossen habe. Die Stadtverordneten können eigentlich nur beschließen, dass man technologieoffen und opportunistisch in die Zukunft blicken kann. Vielmehr sei aus dem Leitbild auch nicht zu entnehmen.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, die Anmerkungen der Stadtverordneten zu den Formulierungen der Beschlussvorlage mitzunehmen und sich bemüht werde, bis Ende der Woche eine offene Formulierung zu präsentieren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Das Leitszenario „Luckenwalde 2040 WerkStadt der Moderne – Labor der Zukunft“ (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt richtet ihre wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden 15 Jahren danach aus.
Im Jahr 2030 erfolgt eine Zwischenevaluierung, die gegebenenfalls die Basis für eine Nachschärfung der Entwicklungsziele bildet.

Ja 0 Nein 3 Enthaltung 5
Zustimmung nicht empfohlen

TOP 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 6.1. Förderung Feuerwehr

Herr Springer berichtet, dass in der aktuellen Pelikan-Post ein Artikel der Fraktion SPD/GRÜNE gestanden habe. Zitat: „Deshalb hat unsere Fraktion sich direkt an das für Brand- und Katastrophenschutz zuständige Innenministerium des Landes Brandenburg gewandt und sich nach finanzieller Unterstützung erkundigt. Und wir hatten mit unserer Initiative Erfolg, denn das Innenministerium stellt eine Förderung von 400.000 Euro in Aussicht.“ Er fragt, ob die Stadtverwaltung Kenntnis davon hatte und wenn ja, warum die Stadtverordneten nicht darüber informiert wurden.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass zu der Zeit, als der Haushaltsplan vorgestellt wurde, keine Förderung in Sicht gewesen sei. Dann sei der Hinweis gekommen, einen Förderantrag beim Innenministerium des Landes Brandenburg zu stellen. Diese Förderung würde die Chance, die Eigenmittel von 800.000 € für eine neue Feuerwehr auf die Hälfte zu reduzieren, beinhalten. In Aussicht stellen heißt allerdings nicht bewilligen.

Frau Malter fügt hinzu, dass Aufgrund dieses Hinweises und in der Hoffnung, dass diese Fördermittel bewilligt werden, die Fördermittel im Haushaltsplan 2026 mit aufgenommen werden.

Frau Malter bejaht die Frage von **Herrn Bode**, ob die Förderung in Brutto ausgewiesen sei.

Herr Bode fragt weiter, ob es Vorgaben gebe, um diese Förderung zu erhalten.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass ein Gefahrenabwehrbedarfsplan vorliegen müsse, den auch die Stadtverordneten abrufen können. In diesem Jahr kommt noch der Bescheid, ob die Förderung greife.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

TOP 7.1. Vorstellung der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses A-8021/2025

Frau Malter erklärt, dass beschlossen worden sei, eine Haushaltsklausur in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2026 stattfinden zu lassen. Ziel solle es sein, Vorstellungen von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln.

Zunächst gebe es Maßnahmen, die sich im Rahmen der laufenden Verwaltung ergäben, für die keine Beschlüsse erforderlich seien. Dann existiere eine Reihe von Maßnahmen, für die Beschlüsse notwendig seien, wie z. B. Satzungen, Anpassungen von Gebühren etc. Drittens seien da auch Maßnahmen, die eine längere Vorbereitungsphase benötigen und nicht sofort im Haushalt 2026 wirksam würden, sondern erst in 2027/2028.

Die Frage sei nun, so Frau Malter weiter, wie man damit umgehen wolle und wie die Haushaltsklausur zu gestalten sei. Wäre ein ganzer Tag erforderlich oder genügten drei Stunden. Terminvorschläge dazu wären die Samstage: 28.06.2025 und 05.07.2025.

Es könnte auch über Schwerpunkte nachgedacht werden, wie etwa das Stadttheater, den Tierpark und die Sporteinrichtungen, deren Zuschüsse bereits im Zahlenwerk vorhanden seien. Die Fraktionen könnten beraten und konkretisieren, wo die Kostentreiber lägen und an welchen Punkten intensivere Untersuchungen gewünscht werden.

Herr Nehues merkt an, dass diese beiden Termine sinnvoll wären, da eine gewisse Vorbereitungszeit genutzt werden müsse und an einem Tag nicht alles zu schaffen sei.

Herr Bode regt an, dass die Stadtverordneten vorher eine Liste der Einsparmöglichkeiten von der Verwaltung bekommen sollen, um dann bei den Terminen diese besprechen zu können.

Herr Springer schlägt vor, das Augenmerk erst einmal auf die Beschlüsse und Satzungen zu lenken.

Herr Neumann signalisiert, dass es im Wirtschafts- und Finanzausschuss einen ständigen Tagesordnungspunkt „Haushalt“ geben soll, um über den aktuellen Stand zu informieren und sich auszutauschen. Ratsam wäre, am 28.06.2025 möglichst früh zu beginnen und den Schluss offen zu lassen.

Herr Stock und **Herr Grunert** stimmen den Vorrednern zu.

Frau Malter informiert, dass das Land vorhabe, den Familienleistungsausgleich zu kürzen. Dieser macht im Haushaltsjahr 2025 eine Millionen Euro aus. Das wäre ein weiteres Defizit in der Haushaltskasse. Deshalb bittet Frau Malter, dass die Stadtverordneten über ihre Verbindungen zu den Landtagsabgeordneten versuchen könnten, den Familienausgleich zu kürzen, zu verhindern.

Des Weiteren berichtet **Frau Malter**, dass die Bescheide zur Umsetzung der Grundsteuerreform am 05.05.2025 zur Verteilung an den Bürgern übergeben wurden. Diese Steuerbescheide können sehr hoch ausfallen, dies aber nicht an dem Hebesatz liege, sondern an dem Messbetrag. Die Ermittlung des Messbetrages hat das Finanzamt auf Grund der Erklärungen der Grundstückseigentümer vorgenommen. Dort jetzt einen Einspruch einzulegen, ist verfristet. Ratsam sei es, beim Finanzamt einen Antrag auf Überprüfung mit einer entsprechenden Begründung zu stellen. Dann würde das Finanzamt eine neue Bewertung vornehmen.

TOP 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 23.06.2025 statt.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 19:51 Uhr hergestellt.

Matthias Grunert
Vorsitzender

i. V. Carola Pötzschke
gefertigt nach den Aufzeichnungen
der Schriftführerin
Annett Gödicke-Klämbt

13.10 24 31 05